

Streitgespräch mit: Martina Munz und Thomas Minder

Ohne Medienpaket drohten die kleinen und unabhängigen Medien in den Regionen ganz zu verschwinden, sagt SP-Nationalrätin Martina Munz. Thomas Minder, parteiloser Ständerat, hingegen sagt, der Markt funktioniere. Der Trend Richtung Onlinemedien lasse sich nicht mehr aufhalten.

«Medien sind nicht systemrelevant» – «In unserer direkten Demokratie sehr wohl»

Andrea Tedeschi

Soll die öffentliche Hand die Schweizer Medien stärker unterstützen? In den letzten 20 Jahren sind in der Schweiz über 70 Zeitungen verschwunden. Die Einnahmen aus Abonnements nehmen jährlich ab, Werbegelder fließen zu den Internetkonzernen Google und Facebook. Bund und Parlament wollen die Zeitungen, die lokalen Radio- und Fernsehstationen sowie neu die Onlinemedien deshalb mit zusätzlichen 150 Millionen Franken im Jahr unterstützen. Dagegen hat ein bürgerliches Komitee das Referendum ergriffen. Die Schweizer Stimmberechtigten stimmen am 13. Februar über das Medienpaket ab.

Frau Munz, Sie sind für das Medienpaket. Was haben Zeitungslernerinnen, Radiohörer und TV-Zuschauer bei einem Ja davon?

Martina Munz: Das Mediengesetz fördert die Medienvielfalt und das ist zentral für den Erhalt unserer Demokratie. Wir brauchen regionale Medien, die lokal recherchieren und über Ereignisse wie die Gemeindeversammlung berichten. Stellen Sie sich vor, es gäbe nur noch den «Tagesanzeiger» oder die «Neue Zürcher Zeitung». Dann würde medial nicht mehr über das Klettgau oder den Gemeinderat in Hallau berichtet. Dann sässen wir jetzt auch nicht hier und würden über das Mediengesetz debattieren.

Frau Munz sagt, die Förderung ist ein Beitrag an die Medienvielfalt. Herr Minder, wollen Sie keine Medienvielfalt in der Schweiz?

Thomas Minder: Wir haben Hunderte Medienunternehmen in der Schweiz und Hunderte Medientitel. Der Markt funktioniert! Das machen die grossen Verlage Ringier, NZZ und TX Group vor. Sie haben vor dem Ausbruch der Pandemie zusammen über 336 Millionen Gewinn gemacht. Es braucht keine staatliche Intervention.

Munz: Es gibt keine Hundert Medienunternehmen in der Schweiz! Und der Markt spielt nicht mehr! Der Medienmarkt ist noch auf ein paar wenige Verlage konzentriert. Und warum? Weil die Grundfinanzierung der Verlage weggebrochen ist. Zeitungsabonnements sind in den letzten Jahren um die Hälfte zurückgegangen, Werbegelder fließen statt in Inserate an die Tech-Giganten Google oder Facebook. Ohne Medienpaket wird die Konzentration in der Schweiz weiter fortschreiten: Die grossen Verlage werden die kleinen aufkaufen und die lokalen Medien verschwinden.

Herr Minder, Sie stören sich an der Konzentration der Schweizer Medienlandschaft. Ist es aber nicht so, dass ohne Mediengesetz die Konzentration weiter zunimmt?

Minder: Ja, die Medienlandschaft wird von den grossen Verlagen dominiert. Das stimmt. Sie wollen Kosten einsparen und haben Medientitel vom Aargau bis St. Gallen zentralisiert. Übrigens auch in Schaff-

hausen. Der Verlag Meier und Cie. AG ist ein Monopolist in der Region. Er dominiert alle Titel im Kanton, vom «Thaynger Anzeiger» über den «Klettgauer Bote» bis zum «Radio Munot». Mir zeigt das: Der Medienmarkt funktioniert. Und anders als bei der Lebensmittelindustrie oder im öffentlichen Verkehr sind Medien nicht systemrelevant.

Munz: In unserer direkten Demokratie ist eine seriöse und fundierte Berichterstattung sehr wohl systemrelevant. Menschen, die am politischen Prozess partizipieren wollen, müssen sich eine Meinung zu bevorstehenden Abstimmungen bilden können. Heutzutage umso mehr, da über soziale Medien viel Fake News verbreitet wird. Ohne mediale Einordnung können die Leute nicht mehr zwischen richtig und falsch unterscheiden. Es braucht gerade im digitalen Zeitalter korrekt recherchierte Informationen – Qualitätsjournalismus, den wir mit dem Medienpaket sicherstellen.

Das müsste Ihnen als bekennender Förderalist doch wichtig sein, Herr Minder.

Minder: Ich bin absolut für Demokratie. Aber es gibt gescheitere Instrumente für die Demokratiebildung als Subventionen. Den Stimmenzwang zum Beispiel, wie wir ihn in Schaffhausen haben, oder die kantonale Ständesmotion, die ich schweizweit einführen wollte.

Munz: Nein Thomas, es geht um Meinungsbildung in der Region. Eine schweizweite Volksmotion hat keinen Einfluss auf die Diskussion über lokale Abstimmungen wie über das Busdepot in Schaffhausen oder über einen Neubau eines Schulhauses im Klettgau.

Minder: Martina, du bist Nationalrätin, nicht Kantonsrätin.

Munz: Ja, genau darum will ich, dass in den Regionen die Demokratie weiter gelebt werden kann. Als Einwohnerin einer Landgemeinde weiss ich, wie zentral Informationen für eine Einordnung sind, um bei politischen Vorlagen mitreden und eine Meinung bilden zu können.

Ein Teil des Medienpakets betrifft die indirekte Presseförderung. Sie gibt es seit der Gründung unseres Bundesstaates. Herr Minder, warum sind Sie gegen etwas, das es bereits seit 170 Jahren gibt?

Minder: Bei einem Nein bleibt die bisherige Zustellung, einen Ausbau auf die Früh- oder Sonntagszustellung braucht es aber nicht. Gedruckte Zeitungen sind ein Auslaufmodell. Martina Munz hat es selbst gesagt: Immer weniger Menschen abonnieren sie, immer mehr informieren sich digital. Das tut auch mir weh. Ich bin altmodisch, mag Zeitungen. Aber an dieser Entwicklung ändert das Medienpaket nichts. Der Konsumentscheidet, was er kauft und liest. Es ist nicht am Staat, sich hier einzumischen.

Herr Minder sagt, die Printmedien seien ein Auslaufmodell. Ist der Ausbau der

Das Medienpaket

Die Zustellung der Zeitung durch die Post ist bereits heute subventioniert. Das entlastet die Zeitungsverlage. Diese indirekte Medienförderung soll für sieben Jahre ausgeweitet werden. Künftig würde der Bund ausserdem neu die Früh- und Sonntagszustellungen finanzieren, statt wie bisher mit 50 Millionen neu mit 120 Millionen Franken pro Jahr. Zusätzlich sollen neu auch Onlinemedien gefördert werden. Sie bekämen unter gewissen Bedingungen ebenfalls für sieben Jahre Unterstützung. Diese direkte Medienförderung würde jährlich maximal 30 Millionen Franken betragen. Lokalradios und Lokalfernsehen bekämen neu maximal 109 statt 81 Millionen Franken pro Jahr. Ausserdem würde die Ausbildung für Journalistinnen und Journalisten oder Agenturen wie die SDA unterstützt.



Die Schaffhauser Parlamentarier haben eine kontroverse Haltung zum Mediengesetz: Links die SP-Nationalrätin Martina Munz, rechts der parteilose Ständerat Thomas Minder.

eine andere Funktion. Er ist gratis und weil er gratis ist, kann er weniger in den Journalismus investieren. Ich wünschte mir in Schaffhausen eine zweite Tageszeitung à la «Schaffhauser Nachrichten», die journalistisch arbeitet und kritisch ist. Mit Steuergeldern wird der Journalismus aber nicht besser. Das beste Beispiel ist «20 Minuten», die auflagenstärkste Zeitung der Schweiz. Eine gute Gratiszeitung.

Munz: In der Parlamentsdebatte ging es nicht um die Qualität der Gratiszeitungen. Wenn die Leute ein Medium lesen, für das sie bezahlen, ist das mit einem Abonnement gewährleistet, im Gegensatz zu einer Zeitung, die sie unaufgefordert im Briefkasten vorfinden.

Minder: Ich sage dir, was dann passieren wird. Das Gesetz öffnet Hintertüren. Medien, die heute gratis sind, gründen einen Gönnerklub, damit sie gegenüber dem Bund als Bezahlmedium dastehen. Aber eigentlich bleiben sie gratis. Bei der Onlineförderung haben sogar Befürworter gesagt, die sei misslungen in diesem Paket.

Munz: Auch ich bin nicht mit jedem Detail einverstanden. Das Medienpaket ist auf sieben Jahre beschränkt. Das ermöglicht uns, auf die Medienkrise und gleichzeitig auf die zunehmende Digitalisierung zu reagieren. Nochmals: Information gehört zum Service Public. Nehmen wir den Kanton Graubünden mit seinen drei Sprachen. Da reicht es einfach nicht, die Bevölkerung nur auf Deutsch zu informieren.

Minder: Ich mag Medienvielfalt. Aber wenn der Verlag Meier und Cie. AG über das Medienpaket Geld bekommt, heisst das noch lange nicht, dass der «Klettgauer Bote» überlebt. Wir wissen nicht, ob der Verleger Hanspeter Lebrument mit den Steuergeldern die «Engadiner Post» am Leben hält.

Munz: Im Puschlav ist eine Onlinezeitung entstanden für die italienische Minderheit.

Martina Munz

Seit 2013 ist die 66-jährige Schaffhauserin im Nationalrat und ist unter anderem Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Zuvor war sie unter anderem acht Jahre im Schaffhauser Kantonsrat und bis 2015 Präsidentin der SP des Kantons Schaffhausen. Seit 2006 ist sie Mitglied des Parteivorstands und Mitglied der Geschäftsleitung der SP des Kantons Schaffhausen. Die Agronomin und Berufsschullehrerin hat vier Kinder. Sie lebt in Hallau.

«Stellen Sie sich vor, es gäbe nur noch den «Tagesanzeiger». Dann würde medial nicht mehr über das Klettgau oder den Gemeinderat in Hallau berichtet.»

Genau dazu ist die Onlineförderung da: dass auch Neues entstehen kann. Die «AZ Schaffhausen», der «Klettgauer Bote», die Radiostationen «Munot» und «Rasa» werden froh sein, einen Zustupf zu bekommen. Wir wollen die bisherigen Qualitätsmedien erhalten und neuen im Markt eine Chance geben. Die Jungen haben an der Jugendsession vor zwei Jahren ein Postulat eingereicht. Der Titel: «Rettet unsere Zeitungen!» Auch die nächsten Generationen wollen fundierten Journalismus.

Minder: Hätte Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Medienpaket geschürt, das nur auf den Strukturerehalt der kleinen und regionalen Medien gezielt und die börsenkotierten Unternehmen ausgeklammert hätte, hätte der Minder vielleicht noch mitgemacht.

Munz: Du hast ja am Gesetzesentwurf mitgemacht. Wir sind vom Volk gewählt und müssen Kompromisse eingehen. Das ist hier nicht anders. Das Mediengesetz hatte nur als Kompromiss eine Chance.

Die Förderung gehe in die falsche Richtung, ist ein Punkt, der gerne kritisiert wird, weil am Schluss auch die grossen Verlage profitieren.

Munz: Ungefähr 30 Prozent der Medienförderung gehen zu den Grossen. Die Zustelltaxen sind degressiv. Das heisst: je mehr Abos, desto weniger Förderung. Die kleinen und regionalen Verlage werden überproportional berücksichtigt. Sie bekommen rund 70 Prozent der Förderung. Hätten wir die grossen Verlage ganz ausgeschlossen, wäre der Aufschrei gross gewesen und das Paket hätte keine Chance gehabt.

Herr Minder, an der Förderung der börsenkotierten Verlage stören Sie sich besonders. Sie haben im Ständerat jedoch davon abgesehen, einen Einzelantrag einzureichen, der die börsenkotierten Unternehmen vom Paket ausgeschlossen hätte. Warum?

Minder: Im Nachhinein muss ich sagen, dass ich den Einzelantrag hätte einreichen sollen. Das Paket wäre besser geworden ohne die börsenkotierten Verlage drin. Aber das Gesetz ist ohnehin ein Fehlkonstrukt. Man muss es an den Absender zurückschicken.

Aber an der entscheidenden Schlussabstimmung im Ständerat haben Sie dem Medienpaket zugestimmt.

Minder: Sie haben bereits darüber geschrieben und ich habe dazu Stellung genommen.

Sie haben das Ja mit einer taktischen Abstimmung begründet, weil sie befürchteten, dass das Medienpaket scheitere. Aber das Resultat war alles andere als knapp, ihre Begründung nicht nachvollziehbar. Ihre Antwort darauf haben wir noch nicht erhalten.

Minder: Ich stehe dazu, dass ich das Mediengesetz bekämpfe. Sonst würde ich nicht über 25000 Franken in die Nein-Kampagne investieren.

Sie wollen Ihr Ja zum Medienpaket nicht weiter vertiefen. Frau Munz sagte zuvor, dass es bei der Onlineförderung darum geht, Neuen Medien eine Chance zu geben, auch für die Jungen, die auf Online ausweichen. Warum wehren Sie sich gegen die Transformation, Herr Minder?

Minder: Ich gebe zu, eine Zeitung zu machen, sie frühmorgens zuzustellen, ist kein Business, dass sich leicht aufbauen lässt. Eine gewisse Finanzierung braucht es. Aber warum sollen wir die Medien online unterstützen, wenn jetzt alle auf digitale Medien ausweichen? Der Trend geht Richtung digital. Dort gibt es einen Markt. Einen Honigtopf braucht es darum keinen.

Munz: Wir reden von einem Honigtopfchen. Es geht um jährlich 150 Millionen Franken für die nächsten sieben Jahre. Das ist wenig, wenn man bedenkt, dass diese Förderung an 170 Zeitungstitel, 34 Fernseh- und Radiostationen in vier Sprachregionen der Schweiz geht.

Thomas Minder

Seit 2011 ist der 61-jährige Schaffhauser im Ständerat und ist unter anderem Mitglied der Staatspolitischen Kommission. Zuvor hatte Minder mit Claudio Kuster die sogenannte «Abzockerinitiative» lanciert, die das Volk 2013 annahm. Der Unternehmer ist Verwaltungsratspräsident der Trybol AG, arbeitet und lebt in Neuhausen am Rheinflin.

«Wenn der Verlag Meier und Cie. AG über das Medienpaket Geld bekommt, heisst das noch lange nicht, dass der «Klettgauer Bote» überlebt.»

Hinter dem Referendum stecken Mäzene, wie Bruno Hug oder Peter Weigelt, die gegenüber der WOZ gesagt haben, dass sie Medienhäuser aufkaufen wollen. Ihre Absichten sind jedoch unklar. Sind Mäzene die bessere Lösung zum Medienpaket?

Munz: Diese wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien von reichen und sehr reichen Mäzänen, die sich ein Informations- und Machtmonopol erschaffen wollen, ist ein grosses Problem. Donald Trump hat sich ein Mediumimperium erschaffen und dieses beeinflusst, welche Informationen die Menschen bekommen sollen. Je mehr unabhängige Medien es gibt, desto grösser ist die Informationsvielfalt. Das Medienpaket will ausserdem in gute Journalistenausbildung investieren und den Presse- rat fördern, der die Qualität der Medien sichert.

Wie stehen Sie dazu, Herr Minder?

Minder: Hier ziehe ich den Joker. Wenn hier die kleinen und regionalen Verlage unterstützt werden, könnte ich zustimmen. Aber wenn auch die grossen Verlage Geld bekommen, um ihre Journalisten auszubilden, dann habe ich Mühe.

Ein Hauptargument der Gegner ist, das Medien mit den Subventionen nicht mehr kritisch sein können. Wie begründen Sie das, Herr Minder?

Minder: Die vierte Gewalt im Staat sind die Medien. Sie haben eine Wächterfunktion, müssen kritisch sein. Ich vermisse die kritische Haltung bereits heute, mit dem Einheitsbrei, den wir haben.

Munz: Beim Einheitsbrei sind wir uns einig. Das ist eine Folge davon, weil die Grundfinanzierung über Inserate und Abonnements der Medien weggebrochen ist. Dass Medien mit der Förderung aber weniger kritisch sein sollen, ist absoluter Unsinn. Die indirekte Presseförderung gibt es schon heute. Deswegen schont keine Journalistin und kein Journalist den Bundesrat oder die Parlamentsmitglieder. Im Gegen-

teil: Die staatliche Unterstützung macht sie sogar unabhängiger gegen Druck aus der Wirtschaft und gegen potente Mäzene, die die Redaktionen finanzieren oder finanzieren wollen.

Munz: Marc Walder, CEO von Ringier, hat selbst gesagt, dass er von seinen Redaktionen erwartet, dass sie den Bundesrat in der Pandemie stützen. Das ist doch der Beweis, dass es zwischen Verlag und Redaktionen keine Trennlinie gibt.

Munz: Das haben die Medien zurecht kritisiert. Es gab einen Aufschrei. Das zeigt, dass Journalistinnen und Journalisten von ihren Verlegern keine Vorgaben akzeptieren.

In einer Woche stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über das Mediengesetz ab. Laut Umfragen könnte es knapp werden. Gäbe es ein Nein, Herr Minder, was wäre Ihre Alternative zum Mediengesetz?

Minder: Es gibt keine Alternative: so belassen, wie es jetzt ist. Es braucht keinen Franken mehr.

Vorhin sagten Sie, Sie wären für eine Neuaufgabe eines Mediengesetzes, sofern man die börsenkotierten und grossen Verlage von der Förderung ausklammert.

Minder: Nein, ich sagte, ich habe Sympathie für regionale Verlage, doch bei dieser Vorlage gehen die Gelder auch an die Grossen. Wir müssen offenlassen, ob Bundesrätin Simonetta Sommaruga bei einem Nein diese Vorlage vorbringt, die nur auf die kleinen und regionalen Medien fokussiert.

Frau Munz, was ist die Folge bei einem Nein?

Munz: Die Konzentration der Medien wird sich weiter akzentrieren. Noch haben wir im Kanton Schaffhausen eine erstaunliche Titel- und Medienvielfalt. Für unsere direkte Demokratie hoffe ich, dass das so bleibt. Deshalb braucht es jetzt das Medienpaket.

BILDER KEY / SELWYN HOFFMANN